

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesez!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dauerstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Söhner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 7).

Insertionsgebühren für den Raum einer Seite 2 Rgr.

## Deutschland.

**Berlin, 26. Mai.** Bekanntlich lag es anfänglich in dem Plane der Regierung, keine Neuwahlen zu den Provinziallandtagen vorzunehmen zu lassen, sondern die erloschenen Mandate zu verlängern. Nachdem indessen in Danzig der conservative Gemeindevorstand den Beschluß gefaßt hatte, den Abgeordneten zum Provinziallandtage zu erklären, daß ihr Mandat erloschen und die Uebernahme desselben ungesetzlich sei (die zugleich mit beschlossene Absendung dieses Beschlusses an die Regierung wurde inhibirt), erschien das Rescript, in welchem die Vornahme von Ergänzungswahlen angeordnet wurde. Bei diesen Wahlen haben bis jetzt folgende Minoritätswahlen stattgefunden: a) bei der Wahl von Abgeordneten in Potsdam (es wählten 30 von 60 Stadtverordneten, während das Gesez die Anwesenheit von zwei Dritteln verlangt); Calve (von 17 Erschienenen verweigerten 15 die Wahl und protestirten zugleich, die übrigen 2 wählten); Slogau (18 anwesend von 36, während die Gemeindeordnung absolute Mehrheit zur Beschlußfähigkeit verlangt); Stettin (von 63 Stadtverordneten erschienen 24, von denen 5 die Wahl verweigerten); Danzig (von 47 Gemeindevorordneten verweigerten 30 die Annahme eines Stimmzettels; die Mehrheit ist nur durch die Vorsteher verhindert worden, im Gemeinderathe gegen die Wahl zu protestiren); Stolp (von 31 Erschienenen verweigerten 25 die Annahme eines Wahlzettels, die Minderheit wählte); Memel (von den ausgeheilten Stimmzetteln wurden nur 3 beschreiben gefunden; die Wahl war hiermit vorgenommen); Herford (nicht die Hälfte der Wähler war erschienen); Görtz (von 60 Gemeindevorordneten erschienen 27, welche aber im Protokoll hervorhoben, daß die Erschienenen nur die Minderheit ausmachten und deshalb gesetzlich beschlußunfähig waren; die beiden Gewählten lehnten ab); Elst (von 35 erschienenen Stadtverordneten verließen 27 den Saal, die Uebrigen wählten). b) Bei der Wahl von Wahlmännern. Im Gemeindebezirk Crombach (Kreis Siegen) wurde die Wahl einstimmig abgelehnt und zugleich ein schriftlicher Protest zu den Akten gegeben. In Elberfeld waren von 463 Stimmberechtigten 93 erschienen, welche 168 Wähler wählten. Zu Hoerde (Kreis Dortmund) fanden sich von 182 Stimmberechtigten 23 ein, von welchen 20 die Wahl ablehnten, während die Uebrigen wählten. In Remscheid vollzogen von 1239 Wahlberechtigten die 8 Erschienenen die Wahl von 5 Wahlmännern und ebenso viel Stellvertretern, während in Saarburg von 100 Urwählern nur 4 kamen, welche den einen Wahlmann wählten. In Brieyen a. d. S., das mit vielen andern kleineren Städten der Provinz Brandenburg einen Abgeordneten zu wählen hatte, beschloß die städtische Vertretung, die Wahl nicht vorzunehmen, wobei es denn auch verblieb. Außerdem ist die Wahl gänzlich unterblieben in den Städten Magdeburg und Kolberg (wo sich die Stadtverordneten nach Verlesung des Ministerialrescripts sämmtlich entfernten).

**Königsberg, 26. Aug.** Vor einiger Zeit ist bekanntlich Dr. H. Lobeck wegen Betheiligung an der hiesigen Freien Gemeinde seiner Stelle als Custos der königlichen Bibliothek durch Ministerialrescript ersetzt worden. Dieses Amt ist nunmehr dem Dr. Michaelis, Präsidenten des hiesigen Preußenvereins, übertragen worden. (Köln. Z.)

**Düsseldorf, 27. Aug.** Dieser Tage verweilte hier eine sehr interessante Persönlichkeit, die nicht unbedeutendes Aufsehen verursachte. Es war ein Schwarzer, Baron de Ramau, Handelsminister des Kaisers Faustin I. von Haiti, der auf einer Geschäftsreise nach Paris und London begriffen ist. Er begibt sich von hier zunächst nach Hamburg, um dort Handelsverbindungen anzuknüpfen. Der Reisende erwies sich als ein durchaus wissenschaftlich gebildeter Mann, der der französischen Sprache vollkommen mächtig und mit den europäischen Verhältnissen vertrauter ist, als man erwarten sollte. An seiner äußern Erscheinung war es besonders auffallend, daß er, obgleich zur echten Negerace gehörend, einen starken Bart trug. (D. P. N. Z.)

Die sämmtlichen Gebäude des preussischen Staats waren nach Ausweis der Feuerkataster im vorigen Jahre in den unter specieller Aufsicht der Regierung stehenden Feuerversicherungsgesellschaften mit 1,230,324,221 Thlr. gegen Feuer Schäden versichert. Da grundsätzlich nicht der volle Werth versichert werden darf, so wird man für den fehlenden Theil etwa noch  $\frac{1}{2}$  hinzurechnen können mit 307,581,055 Thlr., und es würden also die Gebäude einen Werth gehabt haben von 1,537,905,276 Thlr. Man wird annehmen können, daß der Zins zu 5 Proc. von dieser Summe mit 76,985,264 Thlrn. etwa dem Miethsbetrag gleichkommt, den die Einwohner des Staats für Wohnung und Geschäfts-

gelass jährlich aufzubringen haben. Die Gebäude in Berlin sind bei der städtischen Feuerfocictät mit 128,021,975 Thln. versichert und haben einen Miethswerth von 8 $\frac{1}{2}$  Mill. (N. Pr. Z.)

**Hannover, 27. Aug.** Die Reise des Königs nach England ist beschlossen, beschlossen von ihm selbst, von ihm allein, gegen den Rath seiner Freunde und Aerzte; seitdem die schweizer Reise trotz aller übeln Prophezeiungen so gut abgelaufen ist, fühlt sich der König auch weitem Excursionen gewachsen. Alle Vermuthungen aber, die man über die politischen Motive dieser Reise lautwerden läßt, sind grundlos. Das Gerücht, als ob der König seinem Sohne eine Art von Regentchaft übertragen, die Ausführungsdecrete für die Organisationen überlassen wolle, widerspricht der bekannten Denkweise des Königs so sehr, daß ich kaum die Entstehung eines solchen Gerüchts begreife. Auf das persönliche Verhältniß zwischen Vater und Sohn will ich hier weiter nicht eingehen; das aber ist Stadtbekannt, daß für Alles, was Politik angeht, der Kronprinz für seinen Vater so gut wie gar nicht existirt, daß die Eifersucht, mit der Ernst August über seine königlichen Prärogativen wacht, einen Einfluß des Kronprinzen auf politische Fragen gar nicht zuläßt, kaum eine Zuziehung desselben zu Regierungsgeschäften. Nein, wenn die Reise des Königs nach England wirklich vor sich geht, so wird sie auf den Erfolg unserer Reformbestrebungen so nicht einwirken, wie es in jenem komischen Gerüchte in Aussicht gestellt ist. Man hofft vielmehr, daß der König sie nicht eher wird antreten können, als bis er die Ausführung der Justizorganisation genehmigt und für die Verwaltungsorganisation seine Sanction erteilt hat. Die höhern Provinzialbehörden — ich hatte Gelegenheit, mich kürzlich davon zu überzeugen, und auffallenderweise weiß man dort gewöhnlich besser Bescheid als hier — glauben ganz bestimmt an die demnächstige Ausführung aller unserer Reformen. Und auch sonst erhalten sich die Anzeichen baldiger Verwirklichung dieser Aussicht. Im Baudepartement ist man eifrig beschäftigt, die neuen Gerichts- und Amtslocale zuzurüsten; von oben herab kommen sehr häufig Rescripte, welche Beschleunigung der baulichen Arbeiten verlangen. — An unsern Eisenbahnen nach Süd und West wird eifrig gebaut. Die Localblätter aus Ostfriesland sind ganz voll davon. Hier in der Nähe der Stadt erhebt sich bereits der Erddamm für die künftige Südbahn.

**Braunschweig, 28. Aug.** Wenn man die häufigen Artikel der Hannoverischen Zeitung über unser Land, die Hindeutung auf Ministerwechsel, auf Veränderung in unserer Rusticalgesetzgebung und die Bitterkeit bemerkt, womit alle unsere Zustände durchgenommen werden, so erklärt sich dies nicht allein aus der Gesinnung der durch Blätter der Art vertretenen Partei, sondern es hat noch einen besondern Grund. Man ist auf unser Land erbittert, nicht weil es hier schlecht, sondern weil es gut geht. Es besteht das beste Vernehmen zwischen dem Landesfürsten, seinen verantwortlichen Räten und der Landesvertretung, die persönliche Ehrenhaftigkeit der Mitglieder des Ministeriums, ihre richtige Auffassung unserer Verhältnisse und besonders die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit ihrer Handlungsweise haben ihnen das Vertrauen des ganzen Landes gewonnen, und wären nicht die allgemeinen Verhältnisse Deutschlands so trostlos, so könnten wir mit den unserigen vollkommen zufrieden sein. Aber gerade der Umstand, daß ein Land, dessen Regierung die Bewegung der neuesten Zeit verstanden und Dasjenige gewährt hat, was sich ohne Gefahr nicht versagen ließ, daß ein solches Land ohne Erschütterungen die Zeit seit 1848 überstanden hat und jetzt ruhiger und zufriedener ist als die meisten andern deutschen Länder, ist jener Partei das bitterste Aergerniß. Deshalb sucht sie — am Willen fehlt es wenigstens nicht — Mißtrauen und Besorgnisse auszustreuen und unser Land als beherrscht von der Demokratie darzustellen. Jeder, der die hiesigen Verhältnisse kennt, ist überzeugt, daß unser Herzog nicht daran denkt, seine gegenwärtigen Räte zu entlassen, mit denen er in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt, und sich mit Männern zu umgeben, die, wie wenigstens jene Partei hofft, und es theilweise sogar nothwendig wäre, um einen Ministerwechsel wenigstens formell zu motiviren, zu Maßregel greifen müßten, die ohne eine Stütze oder eine Partei im Volke zu finden, die Aufregung, Unruhe und den politischen Kampf hervorrufen würden, der hier in den letzten Jahren vor 1848 eine so große Verstimmung hervorgebracht hat, von der in solchen Fällen auch der Landesfürst nicht unberührt bleiben kann. (Wes. Z.)

**Dildenburg, 28. Aug.** Hinsichtlich des nunmehr vervollständigten Ministeriums haben wir noch mitzutheilen, daß dem Staatsrath v. Rössing (Justizdepartement) der Vorsitz übertragen ist. — Das Wieder-